

Die neuen Herren kamen über Nacht

Vor 50 Jahren: Gleichschaltung im Deutschen Ärzteblatt (II)

Weder „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 noch Reichstagsbrand oder Reichsnotverordnung, nicht einmal der Ausgang der Reichstagswahlen vom 5. März 1933 haben die ärztlichen Spitzenorganisationen sichtbar bewegt. Die verantwortlichen Standesführer waren anfangs offensichtlich der Meinung, sie würden ihre Angelegenheiten weiterhin so regeln können wie bisher – vielleicht sogar ein bißchen besser.

Eine Woche nach der Reichstagswahl – die NSDAP und die mit ihr verbündete Kampffront Schwarz-Weiß-Rot hatten knapp 52 Prozent der Stimmen erreicht – tagt in Berlin der Vorstand des Deutschen Ärztevereinsbundes. Der Vereinsbund ist die berufspolitische Spitzenvertretung der Ärzteschaft, während der Hartmannbund das Pendant für den kassenärztlichen Bereich ist. Vorsitz am 12. März wie schon seit fast sieben Jahren Geheimrat Dr. Alfons Stauder aus Nürnberg, der seit 1929 in Personalunion auch den Vorsitz des Hartmannbundes innehat. Die Vorstandssitzung ist im Blatt des Ärztevereinsbundes, dem alten Deutschen Ärzteblatt vom 24. März sorgfältig protokolliert. Dem Protokoll zufolge ist es, den politischen Ereignissen zum Trotz, eine reine Routinesitzung. Es geht um Berufskrankheiten und einen Dauerbrenner des Vereinsbundes, die Homöopathie, um Röntgenerlaubnis und vor allem und ganz ausführlich um Ärztemuster. Der veränderten politischen Lage gedenkt Stauder relativ beiläufig: Man hoffe unter den neuen Verhältnissen „die Verwirklichung der deutschen Ärzteordnung nunmehr mit besseren Aussichten auf Erfolg“ betreiben zu können. Das ist alles zur aktuellen Lage.

Aber lassen wir die Phantasie etwas spielen: Natürlich werden die Ärzte-Politiker intern die politischen Ereignisse verfolgt und kommentiert haben; sie waren davon, das wird sich wenig später zeigen, mehr als beeindruckt – aber am 12. März zogen sie noch keine berufspolitischen Schlüsse. Freilich, der eine oder andere Teilnehmer jener Vorstandssitzung wird schon mehr geahnt haben, als im Vorstand offiziell verlautete. Zu den Teilnehmern gehören nämlich zumindest zwei, die auch nach der Gleichschaltung oben bleiben. Mindestens zwei sind allerdings darunter, die ihr zum Opfer fallen werden.

Vom ersten Opfer berichtet das Deutsche Ärzteblatt ein Heft später. Die Geschäftsstelle läßt mitteilen, der Vorstand des Ärztevereinsbundes habe dem Antrage des Kollegen Vollmann entsprochen, ihn zu beurlauben. Punktum. Vollmann, Sanitätsrat aus Berlin-Schöneberg und angesehener Berufspolitiker, ist der Redakteur des Ärzteblattes, und das schon seit fast 20 Jahren. Eine Begründung oder eine bei einem so verdienstvollen Mann doch zu erwartende Würdigung seines Lebenswerkes fehlt im Ärzteblatt.

Machtübergabe an die Emporkömmlinge

Dr. Vollmann war wahrscheinlich der erste Funktionär, den die ärztlichen Spitzenverbände der Gleichschaltung opferten. Die Gleichschaltung läßt sich exakt terminieren; sie begann am 21. März 1933, dem „Tag von Potsdam“. Nichts zuvor scheint die ärztliche Standesführung stärker beeindruckt zu haben als jene her-

vorragend inszenierte Veranstaltung in der Garnisonkirche von Potsdam, als Reichspräsident von Hindenburg den Reichskanzler Adolf Hitler in Anwesenheit des neugewählten Reichstages mit der Macht betraute, als der alte Repräsentant des Establishments dem jungen Emporkömmling die Gewalt überließ. So muß es vielen damals in Deutschland vorgekommen sein, so muß es auch in der Ärzteschaft gewirkt haben. „Reichspräsident von Hindenburg, der Vater des Vaterlandes, hat die Führung des deutschen Volkes in die Hände Adolf Hitlers und seiner Mitarbeiter gelegt, die die Kräfte der nationalen Bewegung verkörpern“, werten die Ärztlichen Mitteilungen.

Was da in der Garnisonkirche passiert war – das gleiche Spiel ereignete sich auf einer anderen Bühne, in der Ärzteschaft. Geheimrat Stauder, der ehrenwerte Repräsentant der liberal bis konservativ orientierten Ärzteschaft, übergab seine Macht an den Ärtzeführer der neuen Machthaber, an Dr. Gerhard Wagner, den Vorsitzenden des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, den die offizielle Ärzteschaft bis dahin geschnitten hatte. Noch am „Tag von Potsdam“ richtete Stauder namens der ärztlichen Spitzenverbände ein Ergebenheitstelegramm an den Reichspräsidenten und an den Reichskanzler. Namens der Ärzteschaft begrüßte er „freudigst den entschlossenen Willen der Reichsregierung, der nationalen Erhebung eine wahre Volksgemeinschaft aller Stände, Berufe und Klassen aufzubauen.“ Die ärztlichen Spitzenverbände stellten sich „freudigst in den Dienst dieser großen vaterländischen Aufgabe mit dem Gelöbniß treuester Pflichterfüllung als Diener der Volksgesundheit.“ So das Telegramm an Hitler.

Diese Ergebenheitsadresse an Hitler war kein plattes Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Auch das Telegramm an Hindenburg war ähnlich gestimmt, und der war

Gleichschaltung im Deutschen Ärzteblatt

ja kein Nazi. Auch früher, vor allem zur Zeit des Wilhelminischen Reiches, waren die Ärzeführer in ihrer Wortwahl gegenüber der Obrigkeit ergeben. Das hatte sie aber nie gehindert, über Taten oder Unterlassungen derselben Obrigkeit unermüdlich zu lamentieren. Stauder war kein Nazi, er hat sich auch später nicht dazu gemausert. Er glaubte allerdings in einer schweren Stunde im Interesse der Ärzteschaft das Beste zu tun. Und so nahm er gleichfalls am „Tag von Potsdam“ vertraulich in München den ersten Kontakt zu Dr. Wagner vom NS-Ärztebund auf. Dem ersten Kontakt folgten am 23. und 24. März in Nürnberg Verhandlungen der Vorstände der beiden ärztlichen Spitzenorganisationen – Ärztevereinsbund und Hartmannbund – mit dem NS-Ärztebund. Das Ergebnis war die Gleichschaltung, resümiert das Deutsche Ärzteblatt kurz und knapp. In den Ärztlichen Mitteilungen, die damals schon politisch „bewußter“ waren, wird angepaßter von der „Gleichschaltung der ärztlichen Spitzenverbände mit den Kräften der nationalen Erhebung und nationalen Regierung“ gesprochen.

Jetzt weht die Hakenkreuzfahne, jetzt ist's soweit

Die Kontaktaufnahme und die Verhandlungen waren, wie später die neuen Führer nicht müde wurden zu betonen, freiwillig. Tatsächlich hat, den Berichten in den beiden Ärzteblättern zufolge, niemand Dr. Stauder und die Vorstandsmitglieder gezwungen. Sie standen freilich unter den Eindrücken, die im Reich auf jedermann einprasselten, und zusätzlich unter psychischen Pressionen aus Teilen der Ärzteschaft. Denn immer wieder ist von Unruhen innerhalb des Standes die Rede, von dringenden Aufforderungen an die Standesführung, dem neuen Geiste Rechnung zu tragen, von Drohungen mit Gegenründungen.

Der NS-Ärztebund hatte schon beizeiten angekündigt, er werde die Führung der ärztlichen Ver-

bände übernehmen, wenn die Hakenkreuzfahne auf dem Brandenburger Tor wehe. Jetzt wehte überall die Fahne. Die Ärzteführung wurde in den Verhandlungen am 23. und 24. März von Dr. Wagner knallhart vor die Alternative gestellt: den „revolutionären Weg der Niederreißung der alten ärztlichen Organisationen“ oder den „Weg, sich collegialiter zu einigen,“ protokollierte Schriftleiter i. V. Dr. Walder, der den in diesen Tagen „beurlaubten“ Vollmann vertrat, im Deutschen Ärzteblatt. Man hat sich dann collegialiter geeinigt, Wagner dankte Stauder und den Vorständen dafür, „daß ihm die Beschreitung dieses Weges ermöglicht worden sei“.

Der Weg beginnt mit der folgenden Vereinbarung vom 24. März: „Die Vorstände des Deutschen Ärztevereinsbundes und des Hartmannbundes haben sich den aus der gegenwärtigen Lage entstandenen Notwendigkeiten nicht verschließen können und der folgenden Vereinbarung zugestimmt: Dr. med. Gerhard Wagner, 1. Vorsitzender des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, wird mit dem heutigen Tage Kommissar der beiden Spitzenverbände. Die Vorstände und die Geschäftsführung bleiben im Amt und führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Dr. Wagner ihre Geschäfte weiter.“ Und die Begründung: „Wir haben gemeinsam diese Regelung getroffen, um der Gefahr schwerwiegender Erschütterung in der Ärzteschaft und der Zersplitterung durch Neugründungen zu begegnen. Wir sind der Überzeugung, daß der ärztliche Stand in dieser bewegten Zeit nur dann seinen Aufgaben zum Wohle des gesamten deutschen Volkes gerecht werden kann, wenn die Geschlossenheit seiner organisatorischen Vertretung erhalten bleibt und wenn an ihrer Spitze alle nationalen Kräfte vereinigt werden, um die Gewähr für eine reibungslose Zusammenarbeit innerhalb des Standes und mit den neuen Führern von Staat und Volk zu geben.“

Haben die ärztlichen Spitzenverbände damals den neuen Machthabern vorschnell ihre Tore geöffnet? Das heute zu beantworten fällt schwer, zumindest jemandem wie dem Autor, der keine persönlichen Erinnerungen an die erregende Stimmung der damaligen Zeit in sich wachrufen kann und der die Pressionen nur aus Berichten kennt. Die Frage muß daher offenbleiben. Eine andere Frage kann aber halbwegs zuverlässig beantwortet werden. Hätte es etwas geändert, wenn die Ärzteverbände sich dem Drängen der neuen Führung widersetzt hätten und ihre Macht *nicht* „freiwillig“ an Dr. Wagner und dessen Gefolgsleute abgegeben hätten?

Von oben, einheitlich und straff

Ein solcher Widerstand hätte vielleicht zu einer offenen Polarisierung der Ärzteschaft geführt, aber auch die wäre nur vorübergehend gewesen und durch die – dann eben gewaltsame – Gleichschaltung überdeckt worden. Die Entscheidung Dr. Stauders und seiner Vorstände hat die Gleichschaltung der ärztlichen Spitzenorganisationen allenfalls ein paar Wochen früher über die Bühne gehen lassen. Mehr nicht. Denn die Macht zur Gleichschaltung hatten die neuen Machthaber. Mittenhinein in die Verhandlungen der Ärztevereine mit dem NS-Ärztebund platzte nämlich am 23. März die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Dr. Karl Haedenkamp wertet in den Ärztlichen Mitteilungen: „Damit haben sich die Parteien im entscheidenden Augenblick dazu entschlossen, ihre Vollmachten auf die Führung der nationalen Regierung zu übertragen.“ Seitdem sei kein Raum mehr für Zersplitterung. Haedenkamp lakonisch: „Aus dieser Sachlage haben auch die ärztlichen Berufsverbände ihre Folgerungen gezogen.“

Haedenkamps Aufgabe war es fortan, die Gleichschaltung der Ärzteschaft schmackhaft zu ma-

3. An die Mitglieder des Deutschen Ärztevereinsbundes und des Hartmannbundes.

Die außerordentlichen Ereignisse dieser Wochen sind auch an den großen ärztlichen Standesorganisationen nicht spurlos vorübergegangen. In allen Teilen des Reiches wird stürmisch die Forderung nach Änderungen in der Zusammenfassung der Vorstände erhoben, soweit sie mit dem politischen und weltanschaulichen Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes und der deutschen Ärzteschaft nicht im Einklang stehen. Die Durchführung dieser Forderungen ist nur dann reibungslos und ohne Gefährdung des mühevoll errungenen Aufbaues der ärztlichen Organisationen möglich, wenn dabei alle Differenzen zwischen den örtlichen Gliederungen und der Leitung vermieden werden.

Die Vorstände des Deutschen Ärztevereinsbundes und des Hartmannbundes haben sich den aus der gegenwärtigen Lage entfallenden Notwendigkeiten nicht verschließen können und der folgenden Vereinbarung zugestimmt:

Dr. med. Gerhard Wagner, München, 1. Vorsitzender des Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes, wird mit dem heutigen Tage Kommissar der beiden Spitzenverbände. Die Vorstände und die Geschäftsführung bleiben im Amt und führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit Dr. Wagner ihre Geschäfte weiter.

Die Gleichschaltungs-Vereinbarung (Ausschnitt), dokumentiert im Deutschen Ärzteblatt vom 30. März 1933

chen. Die ärztliche Basis machte offenbar nicht überall „freiwillig“ mit. Haedenkamp klagt: „Das volle Verständnis für die beginnende Neuordnung des ärztlichen Standes und für die Vorgänge in unseren berufsständischen Verbänden hat sich noch nicht überall durchgesetzt.“ Und er erläutert: „Den Sinn des Geschehens werden die Skeptiker leichter begreifen, wenn sie die Bedeutung der Gleichschaltung der Länder richtig erkennen.“ Sie sei nämlich Vorbild für die Gleichschaltung der Ärzteschaft. In beiden Fällen bedeute Gleichschaltung: „Regiert wird . . . von oben, einheitlich und straff allein von den Trägern der heutigen Staatsgewalt. Sie greifen autoritär bis in die untersten Wurzeln und Stellen des staatlichen Gefüges. Die Demokratie ist damit endgültig zu Grabe getragen.“ Auf die Ärzteschaft angewandt, heißt das laut Dr. Haedenkamp: „Die Führung ist übergegangen an Repräsentanten des autoritären Staates, an Träger der gewaltigen Bewegung, die die Grundlagen des neuen Staates geschaffen hat. Das ist der Sinn der Gleichschaltung der ärztlichen Berufsverbände. Die Logik der Dinge ist hier mit Händen zu greifen. Der ärztliche Stand wird in Zukunft regiert vom Staate. Verwalten wird er sich und seine Angelegenheiten selbst.“

So Haedenkamps Erläuterungen der Vereinbarung vom 24. März in den Ärztlichen Mitteilungen. In den nächsten Wochen, im April, Mai, Juni 1933 folgen die Vollzugsmeldungen. Die Gleichschaltung geht so schnell voran, und der gleichgeschalteten Organisationen sind so viele, daß die Ärztli-

chen Mitteilungen für sie nur noch wenige Zeilen im Rahmen ihrer Rubrik „Wochenschau“ zur Verfügung stellen können: Fünf Zeilen für die Auflösung der Bayerischen Ärztekammer, zwei Zeilen für die Mecklenburgische Ärztekammer.

Durchweg werden statt der bisherigen gewählten Vorstände Kommissare oder Beauftragte (des „Ersten Kommissars“, Dr. Wagner) eingesetzt, willige Vorstände werden mit der Führung der Geschäfte (unter Aufsicht des Kommissars) bis zur endgültigen Neugliederung der Ärzteschaft beauftragt. Die Methoden dieser „Überleitungsarbeit“ paßten manchen örtlichen Ärztevertretern offenbar nicht. Haedenkamp mußte jenen, denen immer noch nicht klar war, was da lief, erläutern: „Es kann nur von einer Stelle aus geleitet werden. Die Beauftragten des Kommissars [hier ist Dr. Wagner gemeint, der Autor] verbürgen die Erfüllung eines einheitlichen Willens und die Arbeit nach einem einheitlichen Plane. Die Einsetzung erfolgte in Gegenwart der Vorstände der Verbände und von Vertretern der Landes- und Provinzialorganisationen. Da Widerspruch weder gegen die bekundeten Absichten, noch gegen die eingesetzten Ärzte erhoben wurde, liegt die Zustimmung der berufenen Vertreter des Standes vor. Angesichts der überragenden Wichtigkeit der zu leistenden Arbeit können Bedenken, die sich auf satzungsbedingte Erwägungen gründen, keine Geltung beanspruchen. Ein Staatswille, der den geschichtlich gewordenen und allzu ängstlich behüteten staatlichen Aufbau eines ganzen Volkes an ei-

nem Tage von Grund auf ändert, kann in Vereinsstatuten keine Schranke gegen geschlossenes und rasches Handeln finden.“

Wer ist am nationalsten und idealistischsten?

Am 5. April zitierte Hitler seinen Kommissar Wagner „zur Berichterstattung über die Gleichschaltung der Ärzteschaft“ nach Berlin. Danach empfing er auch Vertreter der Vorstände der Ärzteverbände. Stauder kommt dabei wieder auf den „großen Tag von Potsdam“ zu sprechen, für ihn offenbar ein Schlüsselerlebnis. Er beeilt sich, Hitler zu versichern, daß die Ärzteschaft nationaler Gesinnung sei. Versicherungen dieser Art sind in den Ärzteblättern jener Wochen häufig. Schon bei den Gleichschaltungsvereinbarungen mit Wagner tauchen sie auf. Dafür gibt es einen unmittelbaren Anlaß: Am 22. März erschien im „Völkischen Beobachter“ ein Aufruf des NS-Ärztebundes, in dem den zu dieser Zeit noch führenden Ärztepolitikern mangelnde nationale Gesinnung und kleinliches Interessendenken vorgeworfen wurde. Das war ein alter Vorwurf des NS-Ärztebundes. Seine Mitglieder hielten sich für revolutionär und idealistisch. Den anderen Ärzten und ihren Verbänden warfen sie dagegen vor, nur „Geldbeutelinteressen“ (Dr. Wagner) im Sinn zu haben.

Bei der Gleichschaltung gab man sich seitens der alten Führung die größte Mühe, solche Vorwürfe zu widerlegen. Stauder wies Hitler auf die Opfer der Ärzte im 1. Weltkrieg hin, in dem mehr als 1000

Gleichschaltung im Deutschen Ärzteblatt

Ärzte ihr Leben ließen. Er erklärte, die Ärztetage hätten bewußt ihren Charakter als *deutsche* Ärztetage zu bewahren gewußt, und schließlich habe die Ärzteschaft zweimal durch eigene Opfer und Verzichte die deutsche Sozialversicherung vor dem Zusammenbruch gerettet. Immer wieder in diesen Wochen versichern die alten Ärzteführer, künftig alle wirtschaftlichen Fragen hintanstellen zu wollen. „Die wirtschaftlichen Fragen des Standes treten . . . in dieser Stunde zurück vor seinen Verpflichtungen gegenüber Volk und Staat“, verspricht und fordert gleichzeitig Dr. Karl Haedenkamp, der alte und neue Ärztefunktionär.

Dr. Groß, ein junger Scharfmacher vom NS-Ärztebund, der jetzt häufiger Gelegenheit bekommt, in den Ärztlichen Mitteilungen zu schreiben (das „alte“ Deutsche Ärzteblatt kann sich bis zum Schluß weitgehend von bloßer Propaganda freihalten), feiert den „Sieg der nationalen Revolution“ als „Durchbruch eines neuen Prinzips“: „Die idealistische Richtung wird zur Lösung auch der praktischen Fragen führen, der idealistische Schwung hat den rechnerischen Geist überwunden. Es hat sich gezeigt, daß der Versuch, kleine Vorteile zu erzielen, falsch war.“ Dr. Groß bedeutet auch der bisherigen Standesführung erstmals offen, daß sie ausgedient hat, daß ihr die Bereitschaft, sich mit den neuen Machthabern freiwillig zu arrangieren, nichts nützen wird: „Die große Umstellung beginnt erst. Wer durch die Entwicklung der Zeit unrecht behalten hat, darf in Zukunft nicht mehr die Richtung maßgebend bestimmen.“

Es hat nicht lange gedauert, bis die alte Ärzteführung vollends abgemeiert wurde. Im Mai 1933 bekennt Dr. Walder im Deutschen Ärzteblatt, daß der Vorstand des Deutschen Ärztevereinsbundes nur noch laufende Angelegenheiten behandeln kann und Beschlüsse „in allen irgendwie wichtigen Sachen zurückstellen muß,

soweit nicht das Einvernehmen mit dem Kommissar bereits hergestellt war“. Im Juni tritt Dr. Stauder von seinen Ämtern als Vorsitzender des Ärztevereinsbundes und des Hartmannbundes zurück. Kommissar Wagner übernimmt beide Posten. Die beiden Ärzteblätter veröffentlichen einen langen, rechtfertigenden Abschiedsbrief Stauders; er zeugt von Resignation, aber auch – immer noch – von der Hoffnung, die Ärzteschaft werde, wenn auch unter neuem Geist, endlich mit Hilfe einer Reichsärzteordnung zur Geschlossenheit finden.

Stauders Rücktritt – auch der geschah „freiwillig“. Stauder war der Meinung, der Ärzteschaft einen letzten Dienst erweisen zu können. Es sei jetzt „die vornehmste und höchste Pflicht des bisher vom Vertrauen der Ärzteschaft getragenen Führers, unbeirrt seine Pflicht zu tun. Diese erfordert gebieterisch, dem Manne die Führung des Standes zu überlassen, dem das Vertrauen unseres Volkskanzlers es ermöglicht, mehr als ein anderer Kollege, den Bedürfnissen und Bestrebungen unseres Standes zu dienen“.

Der „treue Ekkehard“ hat ausgedient

Die schon fast unbegreifliche Loyalität Stauders (der „treue Ekkehard des Standes“, so einer seiner Mitarbeiter) geht so weit, daß er sich bereit findet, eine im Vergleich zu seinen bisherigen Ämtern drittklassige Position zu übernehmen. Er läßt sich von Wagner damit beauftragen, eine Bestandsaufnahme der Ärzteversorgungen vorzunehmen und diese für eine Vereinheitlichung vorzubereiten. Außerdem dekoriert ihn Wagner, der künftige Reichsärzteführer, mit dem Posten eines Mitglieds in seinem „Führerrat“.

Dort trifft Stauder bereits vier Herren an. Zwei Kämpfer des NS-Ärztebundes: Dr. Deuschl (Geschäftsleiter dieses Bundes und Wagners Aufpasser in der Geschäfts-

stelle des Hartmannbundes in Leipzig) und Dr. Schömig (Wagners Unterkommissar beim Ärztevereinsbund). Außerdem zwei Ärzte-Repräsentanten, die schon in der bisherigen Standesführung wichtige Positionen bekleidet hatten: Dr. de Bary aus Frankfurt/Main, der dem Vorstand des Ärztevereinsbundes angehörte und dem preußischen Ärztekammer-Ausschuß vorsah, und Dr. Haedenkamp. De Bary hatte schon am 8. April vor dem preußischen Ärztekammer-Ausschuß öffentlich seinen Schwenk vollzogen: „Rückerrinnern an die letzten 15 Jahre läßt uns erkennen, daß wohl keiner von uns der nunmehr der Geschichte angehörenden Staatsführung eine Träne nachweinen wird“. De Bary stand mit einer solchen Ansicht damals keineswegs allein. Dr. Haedenkamp erwies sich auch unter den neuen Machthabern als der in Ärztefragen unentbehrliche Fachmann. Vom Glaubensbekenntnis her war er kein überzeugter Nazi. Haedenkamp war Deutschnationaler; für diese Partei hatte er zeitweise im Reichstag gesessen, und noch zu den Märzahlen 1933 hatte er für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot kandidiert. An den neuen Verhältnissen imponierte ihm, daß jetzt endlich straff geführt wurde („Strenge der Organisation entspricht preußischem und deutschem Wesen“). Seine Sache war es, den Kollegen zu erläutern, was auf sie zukam, sie zur Mitarbeit oder zumindest zum Arrangement zu ermuntern. Für die Ärzteschaft, wie er sie sah, suchte er unter den veränderten Bedingungen das Beste zu erreichen. Schließlich war sein Fachwissen bei der unangenehmsten Aufgabe der ersten Monate nach der Gleichschaltung, der Ausschaltung jüdischer und kommunistischer Ärzte, gefragt. Im Zusammenhang damit wurde Haedenkamp, ehrenamtlich ins Reichsarbeitsministerium berufen.

Über die „Ausschaltung“ der jüdischen Ärzte im nächsten Heft.

Norbert Jachertz